

Ilse Lange für die BI Schulwegsicherheit Riede-Felde

Imhorst 2, 27339 Riede-Felde, Tel.: 04294-1412

2018\_3\_19 Hintergrundinformationen zum Radweg Felde-Okel L 333 (Lückenschluss) – seit 2016 in der Prioritätenliste für Radwege an Landesstraßen:

Werte Alle,

hier habe **vier Informationen** zusammengefasst:

a) Im Nachtrag zur Einladung zum Vorort-Termin zu Verkehrsproblemen in Riede und Felde am 7.9.2017 wird beschrieben, dass der Radweg an der L 333 nun in der Prioritätenliste des Landes ist und auf die Bedeutung von „Vorplanungen“ hingewiesen. Und die Frage: **Wie wird die angeschoben?**

b) Auszug aus dem 17. WP **Ausschuss für Haushalt und Finanzen** - 156. Sitzung am **13. September 2017** (öffentlicher Teil) Seite 1 **Entwurf (Vorabauszug)**: In dieser Diskussion über den Radweg an der L 333 Felde-Okel im Haushaltsausschuss führt MdL Mohr (CDU) die noch nicht erfolgten Vorplanungen als Gegenargument an.

c) Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des **Rieder Gemeinderates** zum Thema Radwegebau an der L 333 Felde-Okel vom **14. November 2017**: Beschluss der Gemeinde Riede, die Vorplanungen des Radweges an der L 333 zu unterstützen

d) **Beschlussempfehlung des nds. Landtags vom 28.2.2018**: Die Eingabe 365 Schulwegsicherheit Riede-Felde wird der Landesregierung zur Erwägung überwiesen.

In der Hoffnung, Ihnen und Euch neue Informationen gegeben zu haben, sende ich gute Grüße,

Ilse Lange für die BI Schulwegsicherheit Riede-Felde

19.3.2018

-----  
Die Informationen im einzelnen:

a) Nachtrag zur Einladung zum Vorort-Termin zu Verkehrsproblemen in Riede und Felde am 7.9.2017:

„Der dringend benötigte Radweg an der L 333 (Lückenschluss Felde-Okel) ist seit mehr als einem Jahr in der Prioritätenliste des Landes Niedersachsen. Wie wird eine Planung für einen kreisübergreifenden Radweg in Gang gebracht? Die hiesigen Landtagsabgeordneten haben für diesen Radweg noch keine unterstützende Hilfe angeboten. - Leider.“

Der Hintergrund für diese Textpassage im Einladungsschreiben ist folgender:

- Am **1. Oktober 2012** wurde im niedersächsischen Landtag der **Radwegkonzept 2012** für Landesstraßen beschlossen. In der Prioritätenliste des Landes<sup>1</sup> sind drei Radwege aus dem Landkreis Verden: L 171 (Kirchlinteln – Jeddingen; **6,05 km**), L 201 ((Blender)-Oiste –Hoya-Magelsen; 5,88 km) und L 200 (Rethem-(Dörverden)-Eystrup; 3,1km) .

Sehr zügig macht sich die Gemeinde Kirchlinteln an die Planung des Radwegs. Schon im **Dezember 2012** ist der Radweg Thema im dortigen Rat. Und zwei Landtagsabgeordnete helfen, indem sie in Briefen an den Bürgermeister ihre Unterstützung anbieten (Herr MdL Hocker) und Tipps zum Vorgehen (Herr MdL Hogrefe) geben.

---

1 *Nur Radwege, die in diese Prioritätenliste gekommen sind, dürfen gebaut werden.*

Am **1.11.2012** – also **einen Monat nach der Entscheidung in Hannover** – wird Herr MdL Hogrefe in den Verdener Nachrichten zitiert. Im Bericht „Radweg an L 171 bekommt Priorität - Hogrefe rät zu baldigem Grunderwerb“ ([http://www.weser-kurier.de/region/verdener-nachrichten\\_artikel,-Radweg-an-L-171-bekommt-Prioritaet-arid,411388.html](http://www.weser-kurier.de/region/verdener-nachrichten_artikel,-Radweg-an-L-171-bekommt-Prioritaet-arid,411388.html)) heißt es: „...In einem Brief an Bürgermeister Wolfgang Rodewald habe Hocker die Erwartung des Ministeriums so beschrieben: "Die Kommune übernimmt bei Planung und Grunderwerb für den Erfolg dieses Projektes eine besonders relevante Funktion." Weiter schreibe er, dass es von den Aktivitäten der Gemeinden abhängt, ob das Gesamtprojekt seine Baureife erhalte. Dazu Hogrefe: "Das Verkehrsministerium hat mir mitgeteilt, dass von Gemeinde zu Gemeinde sehr individuell verfahren werden soll, je nach Finanzkraft und Engagement." Er rate der Gemeinde Kirchlinteln, schon einmal den Grunderwerb für die Radwegtrasse vorzunehmen. "Vielleicht sind einige Grundeigentümer ja auch bereit, einen Preis unterhalb des Verkehrswertes zu akzeptieren....". -

- Im **Juni 2016** wurde im niedersächsischen Landtag der **Radwegekonzept 2016** für Landesstraßen beschlossen. In der Prioritätenliste des Landes sind vier Radwege aus dem Landkreis Verden: L 171 (Kirchlinteln – Jeddingen; **jetzt: 10,180 km**), L 333 (Riede-Felde) L 331 – Okel; 4,12 km), L 123 (Ottersberg-) Otterstedt-Vorwerk; 4,725 km) und L 201 (Blender-)Oiste – Magelsen; 5,88 km).

Wer ist nun für die Planung des Radweges L 333 (Lückenschluss Felde-Okel) zuständig? - In Kirchlinteln hat damals 2,5 Monate nach der Aufnahme in die Prioritätenliste des Landes der Rat der Gemeinde dazu getagt. **Wer muss hier in der Samtgemeinde Thedinghausen die Initiative ergreifen:** die Verwaltung im Rathaus?, der Gemeindedirektor?, der Rat Riede? der Samtgemeinderat?<sup>2</sup>

Inzwischen sind **14 Monate** vergangen, seit dem der Radweg an der L 333 (Felde-Okel) den ersehnten **Platz in der Prioritätenliste des Landes Niedersachsen** bekommen hat und es soll wohl auch einen Hinweis aus dem Ministerium (Herr Irek?) gegeben haben, man könne ja mal mit den Planungsvorarbeiten (Landerwerb?) beginnen. --- Aber getan wurde – soweit ich weiß – **nichts**.

Im Verlaufe der letzten Monate habe ich deshalb schon zwei Mal bei Herrn Gemeindedirektor Hesse im Rathaus in Thedinghausen nachgefragt: **Hat sich im Thedinghauser Rathaus schon einer der Landtagsabgeordneten im Kreis Verden gemeldet und seine Unterstützung mit Tipps (wie damals Herr MdL Hogrefe in Kirchlinteln(L 171)) oder in Form eines Briefes (wie damals Herr MdL Hocker für Kirchlinteln (L171)) angeboten?** Die Antwort von Herrn Hesse lautete jeweils: **„Nein.“** -

Und deshalb ist diese Textpassage in der Einladung zum Vorort-Termin zu Verkehrsproblemen in Riede-Felde eingegangen:

**„Der dringend benötigte Radweg an der L 333 (Lückenschluss Felde-Okel) ist seit mehr als einem Jahr in der Prioritätenliste des Landes Niedersachsen. Wie wird eine Planung für einen kreisübergreifenden Radweg in Gang gebracht? Die hiesigen Landtagsabgeordneten haben für diesen Radweg noch keine unterstützende Hilfe angeboten. - Leider.“**

---

2 Müssen sich erst **Ortsbürgermeister Schmock (Syke-Okel) und Bürgermeister Winkelmann (Riede)** treffen und dann gemeinsam beim NLSTBV-GB Verden und NLSTBV- B Nienburg vorstellig werden oder beantragen (welches Formular?), dass der kreisübergreifende Radweg an der L 333 (Lückenschluss) Felde-Okel gebaut wird? **Oder Müssen sich erst die Verwaltungsspitzen von Syke und der SG Thedinghausen, also Frau Bürgermeisterin Laue und Herr GD Hesse** treffen und dann gemeinsam beim NLSTBV- GB Verden und NLSTBV- GB Nienburg vorstellig werden oder beantragen (welches Formular?), dass der kreisübergreifende Radweg an der L 333 (Lückenschluss) Felde-Okel gebaut wird? **Oder** Müssen sich erst **die Landräte der Landkreise Verden und Diepholz, also Herr Bohlmann und Herr Bockhop** treffen und dann gemeinsam beim NLSTBV- GB Verden und NLSTBV-GB Nienburg vorstellig werden oder beantragen (welches Formular?), dass der kreisübergreifende Radweg an der L 333 (Lückenschluss) Felde-Okel gebaut wird? **oder wie ist der richtige Weg? - Ich weiß es wirklich nicht! - Wer kennt sich aus?**

Ich hoffe damit zum Verständnis und Verstehen beigetragen zu haben.

Ilse Lange, 21.8.2017

PS: Und wenn Sie sich jetzt fragen sollten, wie ein Lückenschluss (an der L 171) von 6,050 km auf 10,180 km „anwachsen“ kann, muss ich passen. Diese zusätzlichen 4130 m kann ich mir und Ihnen auch nicht erklären. - Leider.

Quelle: aus dem Radwegekonzept 2012 für Landesstraßen

Seite 17:

**Geschäftsbereich Verden**

Landkreis	Straße	Streckenbereich	RW-Typ	Länge (km)
Celle	L 240	Müden - Poltzen	GRW	1,600
Celle	L 281	Eschede - Starkshorn	GRW	2,300
Celle	L 283	Eldingen - Hohnhorst	GRW	2,900
Heidekreis	L 171	Sprengel - Schöliern	GRW	2,295
Heidekreis-Hannover	L 190	Esseler Kreuzung - Sprockhof	GRW	7,200
Heidekreis-Verden-Nienburg	L 200	Reithem - Eustrup	GRW	3,100
Rotenburg/W.	L 131	Eisdorf - Abenddorf	GRW	4,210
Rotenburg/W.	L 131	Westervesede - Hemslingen	GRW	6,700
Verden-Rotenburg/W.	L 171	Brunsbrock - Kreisgrenze-(Jeddingen)	GRW	6,050
Verden-Nienburg	L 201	Oiste - Hoya (Magelsen)	GRW	3,400

***Radwegekonzept 2016***



NLSBV Geschäftsbereich	Landesstraße	Streckenbereich	Landkreis	Finanzierungstyp	Länge (km)
Verden	L 131	Eisdorf - Abenddorf	Rotenburg/W.	GRW	3,780
	L 190	Esseler Kreuzung - Kreisgr. (1.685) - Sprockhof	Heidekreis-Hannover	GRW	9,110
	L 171	Brunsbrock - Kreisgrenze(3.25) - Jeddingen	Verden-Rotenburg/W.	GRW	10,180
	L 240	Müden - Poltzen	Celle	GRW	1,600
	L 333	L 331 - Kreisgrenze (2,6) - Okel	Verden - Nienburg	GRW	4,120
	L 131	Westervesede - Hemslingen	Rotenburg/W.	GRW	7,264
	L 132	Otterstedt - Kreisgrenze (3,0) - Vorwerk	Verden-Rotenburg/W.	GRW	4,725
	L 163	Beetenbrück - Döshorn - Abzw. B 209	Heidekreis	GRW	6,500
	L 282	Heldeck - Beedenbostel	Celle	GRW	2,350
	L 159	Häuslingen - B 209 - Altenwählingen	Heidekreis	GRW	1,720
	L 311	Wählingen - Kreisgrenze (Hänlgens)	Celle (Region Hannover)	GRW	3,650
	L 201	Oiste - Kreisgrenze(4,5) - Magelsen	Verden-Nienburg	GRW	5,880

b) 17. WP Ausschuss für Haushalt und Finanzen - 156. Sitzung am 13. September 2017 (öffentlicher Teil) Seite 1 **Entwurf (Vorabauszug)**

**Außerhalb der Tagesordnung:**

*Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung*

Die **Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen der SPD und der Grünen** stellten den **Antrag**, die Tagesordnung der heutigen Sitzung um folgenden Punkt zu erweitern:

*Eingabe 365, Ilse Lange, betr. Schulwegsicherung an den Landesstraßen in Riede-Felde.*

Der Ausschuss hatte diese Eingabe, zu der der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr empfohlen hatte, sie der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, in seiner 154. Sitzung am 30.8.2017 und in seiner 155. Sitzung am 6.9.2017 beraten und die Beschlussfassung zurückgestellt.

Zu dem Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung ergab sich eine längere **Aussprache**, in der die **Sprecher der Fraktionen der CDU und FDP** insbesondere geltend machten, dass die Eingabe aus haushalterischer Sicht noch nicht beratungsreif sei.

Der **Ausschuss** lehnte den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen ab.

\*

Die **Aussprache** verlief wie folgt:

Abg. **Renate Geuter** (SPD): Wir haben in den letzten beiden Sitzungen über die Eingabe 365 zum Thema Schulwegsicherung gesprochen. Die Federführung für diese Eingabe liegt beim Wirtschaftsausschuss; der Haushaltsausschuss ist mitberatend. Wir haben die Mitberatung in der letzten Sitzung nicht abgeschlossen. Ich möchte darum bitten, diese Eingabe heute auf die Tagesordnung zu nehmen und sie abschließend zu beraten.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Darauf sind wir nicht vorbereitet. - Hat denn der Fachausschuss zwischenzeitlich dazu getagt?

Abg. **Renate Geuter** (SPD): Der Fachausschuss hatte ein einstimmiges Votum abgegeben.

Abg. **Maximilian Schmidt** (SPD): Wir stellen den Antrag, diese Eingabe heute auf die Tagesordnung zu setzen. Darüber sollte abgestimmt werden. Die Petition ist nach meiner Kenntnis mit der Bitte

vertagt worden, sich noch einmal informieren zu können. Das müsste in der Zwischenzeit eigentlich erfolgt sein.

Sollte die Mehrheit aus CDU und FDP der heutigen Behandlung nicht zustimmen, wäre dies ein deutliches Signal an die Petenten, die sich vor Ort für die Schulwegsicherung einsetzen. Es wäre schon einmalig, wenn, nachdem der Fachausschuss ein einstimmiges Votum abgegeben hat, sich der Haushaltsausschuss nicht in der Lage sähe, sich dem anzuschließen, und sich so vor einer Wahl um ein Votum zu dieser wichtigen Petition drückt.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Herr Schmidt, Sie beantragen zu Beginn der Sitzung, etwas auf die Tagesordnung zu setzen, worauf niemand vorbereitet war. Das haben Sie vorher nicht angekündigt, das ist Ihnen wahrscheinlich erst heute Morgen eingefallen. Wir müssen mit unseren Fachleuten darüber sprechen. Wenn die Eingabe auf der Tagesordnung ausgewiesen gewesen wäre, wäre das in den letzten Tagen auch passiert.

Insofern können wir darüber nicht befinden. Aber Petitionen fallen ja auch nicht der Diskontinuität anheim. Die Petition wird also bleiben, und wir werden zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Die Beratung der Petition ist zurückgestellt worden, weil hier im Ausschuss schwerwiegende Bedenken geäußert worden sind, was die Finanzierung und die Prioritätenliste angeht. Im Wirtschaftsausschuss - ich habe das noch einmal nachgelesen - ist kein Wort dazu gefallen, wo die Mittel dafür eingespart werden oder wo sie weggenommen werden sollen. Um diese Entscheidung drücken Sie sich. Als Sie noch eine Mehrheit hatten, haben Sie es liegen gelassen, und seitdem Sie keine Mehrheit mehr haben, drängen Sie darauf, dass das nach dem Motto „Augen zu und durch“ behandelt wird. - Wir können ja auch gerne mal mit denen, die weiter oben auf der Prioritätenliste stehen, darüber diskutieren, was die davon halten.

Die Petition wird hier sachgerecht beraten. Aber heute kann das nicht erfolgen, und deswegen kommt sie heute auch nicht auf die Tagesordnung. Seite 2 Ausschuss für Haushalt und Finanzen - 156. Sitzung am

13. September 2017 (öffentlicher Teil) 17. WP **Entwurf (Vorabauszug)**

Abg. **Maximilian Schmidt** (SPD): Der Antrag ist gestellt, und ich will ihn deutlich begründen:

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr hat für diese Petition einstimmig „Berücksichtigung“ empfohlen. Er hat das eingedenk dessen getan, dass man für das Projekt, das dort in Rede steht, um die Schulwegsicherheit herzustellen, auf Haushaltsreste zurückgreifen könne.

Mit dieser Maßgabe, also dass das Projekt über Reste finanziert werden soll, könnte der Niedersächsische Landtag, hier empfohlen durch den Haushaltsausschuss, ein Signal senden, sodass wir in der kommenden Woche im Plenum diese Petition mit „Berücksichtigung“ beschließen könnten, hoffentlich einstimmig. Damit könnte man den Bürgerinnen und Bürgern und vor allen Dingen den Eltern dort das Signal geben, dass, wenn Haushaltsreste zur Verfügung stehen - und nur dann! Sonst geht das den ordentlichen Gang über die Prioritätenliste -, die Schulwegsicherheit hergestellt werden kann.

Herr Hilbers, Sie haben kein einziges Argument gebracht, warum Sie diese Petition hier nicht abschließend beraten wollen. Ein Argument kann vielleicht sein, dass Sie Ihren Fraktionskollegen, die im Wirtschaftsausschuss einstimmig für „Berücksichtigung“ gestimmt haben, nicht vertrauen. Wenn das so ist, müssen wir das so feststellen. Aber gut wäre das nicht.

Abg. **Renate Geuter** (SPD): Ich erinnere an die Diskussion in der letzten Sitzung. Dort ist deutlich gemacht worden, dass die CDU-Fraktion noch einmal Rücksprache mit den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses nehmen wollte. Wir haben das ebenfalls getan.

Der Kollege Schmidt hat darauf hingewiesen, dass es uns nicht darum geht, irgendwelche anderen Projekte zu behindern oder zu verhindern, sondern darum, diesem Anliegen der Eltern, die schon sehr, sehr lange Druck machen, endlich zu entsprechen. Wenn Sie das nicht mitmachen wollen, dann ist das auch ein Signal.

Abg. **Gerald Heere** (GRÜNE): Zu dem Hinweis von Herrn Hilbers, dass das so plötzlich und unerwartet gekommen sei, verweise ich auf das uns zugegangene Protokoll der Sitzung vom 6.9. Weil das im nicht öffentlichen Teil war, darf ich daraus nicht zitieren. Aber ich darf darauf verweisen, dass ich da schon angemahnt habe, diese Eingabe in dieser Woche wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Zumindest hier im Haushaltsausschuss sollten wir wissen, dass Geld nicht beliebig vermehrbar ist. Insofern: Egal ob es sich um Haushaltsreste oder um tatsächliche Mittel im Haushalt handelt - man würde damit ein Projekt, das in der Prioritätenliste des Geschäftsbereichs nicht an erster, sondern an fünfter Stelle steht, vier anderen Projekten vorziehen.

Herr Schmidt, Sie haben heute auf Haushaltsreste verwiesen. Von Haushaltsresten war in der letzten Woche aber gar nicht die Rede. Vielmehr ist gesagt worden, dass im Haushalt ein Budget von 5 Mio. Euro zur Verfügung steht und allein diese Baumaßnahme 1 Mio. Euro kostet. Das heißt, wir würden 20 % des Radwegbudgets für das gesamte Land Niedersachsen für ein Radwegprojekt ausgeben. Dann muss man auch sagen, woher das Geld kommen kann.

Aus meiner Sicht hat sich die Sachlage nicht geändert. Ich bin auch davon ausgegangen, dass mit diesen Informationen noch einmal in den Fachausschuss gegangen wird. Wie gesagt, die Haushaltsreste waren hier in der letzten Woche kein Thema, sondern es ging immer nur darum, das aus dem ganz normalen Budget zu finanzieren.

Ich lehne die Petition nicht ab, aber ich halte sie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht für beratungsreif.

Abg. **Adrian Mohr** (CDU): Wir könnten es uns ja leicht machen - es geht ja sogar um meinen Wahlkreis - und uns dem einstimmigen Votum des Fachausschusses anschließen. Aber wir wollen es richtig machen! Die Bedenken sind ja deutlich geworden.

Herr Heere hat auf das Protokoll der letzten Sitzung verwiesen hat und gesagt, daraus dürfe er nicht zitieren, weil es eine nicht öffentliche Beratung war. Dass eine SPD-Landtagskandidatin aus der nicht öffentlichen Beratung des Ausschusses Zitate an die örtliche Bürgerinitiative weitergibt, müsste vielleicht auch noch einmal aufgerollt werden. Das ist nicht in Ordnung - wobei natürlich auch klar ist, dass jeder, der sich hier äußert, vor Ort zu seiner Position stehen muss.

[Hier wird jetzt auf Haushaltsreste verwiesen. In der Beratung in der letzten Woche wurde klar, dass das Projekt noch gar nicht durchgeplant ist.](#) 17. WP Ausschuss für Haushalt und Finanzen - 156. Sitzung am 13.

September 2017 (öffentlicher Teil) Seite 3 **Entwurf (Vorabauszug)**

Im Wesentlichen geht es um einen Radweg, der 1 Mio. Euro kosten soll, bei dem aber noch nicht einmal Planungskosten vorgesehen sind.

Insofern ist das, was hier suggeriert wird, nichts anderes als Wahlkampf. Das ist total unseriös: Sie schüren die Hoffnung, dass, wenn der Wirtschaftsausschuss und der Niedersächsische Landtag diese Petition mit „Berücksichtigung“ bescheiden, dieses Problem kurzfristig gelöst sein würde. Aber das ist einfach die Unwahrheit. So kommen wir nicht ans Ziel.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Wir lehnen die Eingabe ja gar nicht ab. Aber es haben sich hier schwerwiegende haushalterische Bedenken ergeben, die bisher nicht ausgeräumt worden sind. Die räumt man auch mit Haushaltsresten nicht aus, weil die Haushaltsreste für das herangezogen werden, was in diesem Jahr noch oben auf der Prioritätenliste steht, und nicht, um Maßnahmen nach oben zu ziehen. Das wäre im Übrigen ja auch eine tolle Haushaltstechnik: Durch Liegenlassen erzeugt man Haushaltsreste und setzt diese dann für Sonderprojekte ein, die man hier im Einzelnen beschließt. Das würde Prioritätenlisten ad absurdum führen.

Die Finanzierung ist nicht sichergestellt. Aus dem Grund nehmen wir das heute nicht auf die Tagesordnung. Um es ganz klar zu sagen: Wir lehnen nicht die Petition ab, sondern wir lehnen es ab, sie heute zu behandeln.

SPD und Grüne wollen die Petition in einem Zustand behandeln, in dem sie aus haushalterischer Sicht nicht beratungsreif ist. Die Petition mag im Wirtschaftsausschuss ja vor dem Hintergrund der Frage diskutiert worden sein, ob das ein sinnvolles Verkehrsprojekt ist. Aber wir als Haushaltsausschuss werden ja bewusst beteiligt, um die haushaltspolitischen Fragestellungen zu erörtern. Und die sind im Wirtschaftsausschuss eben nicht erörtert worden.

Noch einmal: Wir sehen keine Grundlage, die Eingabe heute zu erörtern, weil die entsprechenden Unterlagen nicht vorliegen. Die Beratungsreife ist nicht gegeben. Wir lehnen Ihren Wunsch, das heute auf die Tagesordnung zu nehmen, ab.

Abg. **Gerald Heere** (GRÜNE): Über die Haushaltsfragen haben wir in der letzten Woche diskutiert. Das brauche ich nicht zu wiederholen.

Herr Hilbers, Sie haben in der letzten Woche angemahnt, dass Sie mit Ihren Leuten Rücksprache halten wollen. Ich stelle fest: Das haben Sie nicht getan, jedenfalls nicht mit einem Ergebnis, obwohl es ein einstimmiges Votum des Wirtschaftsausschusses gibt.

Und zu dem Hinweis von Herrn Grascha, die Ein-

gabe hätte zurück in den Wirtschaftsausschuss gehen sollen: So funktioniert das nach der Geschäftsordnung nicht. Die Eingabe würde nur dann zurückgehen, wenn Sie sie ablehnen. Dann lägen unterschiedliche Voten der beteiligten Ausschüsse vor und der federführende Ausschuss müsste sich erneut damit befassen.

Abg. **Maximilian Schmidt** (SPD): Ich hätte gern einen Vorabauszug aus der Niederschrift zu diesem Punkt. Dann kann sich die breite Öffentlichkeit ein ausgewogenes Bild über diese Diskussion machen.

\*\*\*

c) *Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Rieder Gemeinderates zum Thema Radwegebau an der L 333 Felde-Okel vom 14. November 2017:*

„.....

**8. Radwegebau an der L333 (Okeler Damm)**

**R.4.18.63**

GD Hesse erläutert ausführlich den Sachverhalt.

Ratsherr Lochte macht deutlich, dass es wichtig sei, ein ernsthaftes Signal zu geben. Damit es schnell vorangehe, müsse die Gemeinde Riede Gespräche mit der Stadt Syke führen und der Landesbehörde zu verstehen geben, dass man sich an dem Vorhaben beteiligen wolle. Auch die CDU-Fraktion sieht die Notwendigkeit, den Radwegebau voranzutreiben und die erforderlichen Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Es folgt eine ausgiebige Debatte.

Bgm. Winkelmann findet den Beschlussvorschlag grundsätzlich in Ordnung, formuliert aber noch Änderungen und schlägt vor, diese mit aufzunehmen. Die Ratsmitglieder sind damit einverstanden.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache merkt GD Hesse an, dass der Landkreis Verden aufgrund seines Fachpersonals grundsätzlich in der Lage sein müsste, die Vorplanung zu übernehmen.

Abschließend verliest Bgm. Winkelmann folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

**Beschluss:**

Die Gemeinde unterstützt den Radwegebau an der L 333 und bittet das Land Niedersachsen, baldmöglichst an der L 333 Okeler Damm einen Radweg zu bauen. Die Gemeinde erklärt sich bereit, die Vorbereitungen für eine Realisierung des Radwegebbaus, z.B. die Planung für die Lage des neuen Radweges, mit den übrigen Beteiligten abzustimmen, die nötigen Gespräche zwischen den beiden Landkreisen Verden (SG Thedinghausen) und Diepholz (Syke) und dem Land Niedersachsen zu koordinieren, die notwendigen Flächenankäufe zu ermitteln und den Grundstückserwerb anzustoßen.

Öffentliche Niederschrift der 6. Sitzung des Rates der Gemeinde Riede

5 von 11

Die Kosten für diese Vorarbeiten sollten dann beim Land Niedersachsen angemeldet und im Nachgang möglichst auch durch das Land Niedersachsen übernommen werden.

Die Gemeinde beantragt bei der Samtgemeinde, die der Gemeinde Riede entstehenden Kosten zu einem angemessenen Anteil, mindestens jedoch zur Hälfte, zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

d) *Mitteilung der Landtagspräsidentin*

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages



Bürgerinitiative Schulwegsicherheit  
Riede-Felde  
Frau Ilse Lange  
Imhorst 2  
27339 Riede

Ansprechpartner/in: Frau Kahlert-Kirstein  
Durchwahl: 0511 3030-2190  
Eingabenummer: 00365/06/17

28.02.2018

Ihre Eingabe betr.

*Schulwegsicherheit an den Landesstraßen in Riede-Felde*

Sehr geehrte Frau Lange,

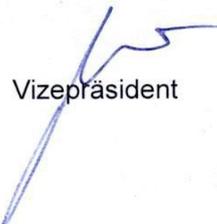
der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung hat Ihre Eingabe und die dazu eingeholte Stellungnahme des zuständigen Ministeriums in seiner nicht öffentlichen Sitzung am 09.02.2018 beraten und dem Landtag dazu den nachfolgenden Beschluss empfohlen:

**Die Eingabe wird der Landesregierung zur Erwägung überwiesen.**

Der Landtag ist dieser Empfehlung, die aus der Landtagsdrucksache 18/355 zu ersehen ist, in seiner Sitzung am 28.02.2018 gefolgt. Die Mitteilung der Landesregierung an den Landtag, was sie auf den Beschluss veranlasst hat (§ 54 Abs. 3 GO LT) wird Ihnen zu gegebener Zeit ebenfalls zur Kenntnis gegeben werden.

/ Ein Merkblatt, in dem die Beschlussmöglichkeiten des Landtages zu Eingaben nochmals kurz erläutert werden, liegt bei.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung

  
Vizepräsident